



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Demokratische Systeme geraten durch Polarisierung, Extremismus und Propaganda unter Druck, wobei besonders verzerrte Wahrnehmungen, ideologische Radikalisierung und mangelndes Problembewusstsein die Stabilität gefährden.
- › Papst Leo XIV. verbindet in seiner Person und seiner Enzyklika Tradition und Wandel, in dem er die katholische Kirche weniger als innerkirchliche Reforminstanz, sondern als globalen Vermittler in einer fragmentierten Welt versteht. Im Zentrum seiner Auseinandersetzung mit Künstlicher Intelligenz steht die Würde des Menschen. Er tritt als moderater, dialogorientierter Akteur auf, der weder technikfeindlich noch unkritisch ist, sondern einen verantwortungsvollen Umgang mit Technologie und eine Stärkung menschlicher Werte in den Mittelpunkt stellt.
- › KI löst zunehmend politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Konflikte aus, birgt aber gleichzeitig große Chancen für Innovationen und gesellschaftlichen Wohlstand.
- › Die internationale Ordnung wird instabiler und militärische Macht gewinnt an Bedeutung. Europa steht vor der Herausforderung, sich angesichts der fortdauernden amerikanischen Unberechenbarkeit sicherheitspolitisch stärker zu emanzipieren, ohne dass bestehende Strukturen wie NATO und Völkerrecht ihre grundlegende Bedeutung verlieren.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Populismus und Demokratie.....	2
In der Debatte: Papst Leo XIV. und die Enzyklika Magnifica Humanitas.....	6
In der Debatte: Künstliche Intelligenz – Risiko und Chance.....	9
In der Debatte: Geopolitische Spannungen	12
Rezensionen	15
Impressum.....	20

In der Debatte: Populismus und Demokratie

Im Interview mit der *Süddeutschen Zeitung*¹ geht *Christina Morina*, Autorin des Buches „Das amerikanische Beben“, der Frage nach, welchen Nutzen historische Vergleiche tatsächlich hätten, wenn demokratische Systeme ins Wanken gerieten. Vergleiche allein könnten keine Demokratie retten, Historiker könnten jedoch zur gesellschaftlichen Verständigung beitragen, indem sie faktenbasiert Hintergründe aufzeigen und Verzerrungen der Geschichte entgegenwirken würden. Historische Analogien dürften aber nicht unreflektiert genutzt werden, da neue Krisen oft einzigartige Kombinationen von Faktoren aufweisen würden und nicht vollständig aus der Vergangenheit erklärbar seien. Religiöse oder apokalyptische Weltbilder könnten in Krisenzeiten Orientierung und Sicherheit bieten, obwohl sie komplexe Entwicklungen vereinfachten. Der Blick auf Ostdeutschland zeige Spannungen im Demokratieverständnis, die aus der Kombination von autoritärer Prägung in der DDR und der stark selbstwirksamen Revolutionserfahrung von 1989 entstanden seien. Diese Erfahrungen würden nicht immer reibungslos zur repräsentativen parlamentarischen Demokratie passen und könnten ein verstärktes Bedürfnis nach radikalen Alternativen erklären. Ähnliche Probleme seien auch in den USA erkennbar, wo die liberale Demokratie hohe Ansprüche formuliert habe, diese aber nie vollständig erfüllen könne. Diese Diskrepanz mache das System anfällig für populistische Versprechen einfacher Lösungen. Kritisch seien Entwicklungen im linken akademischen Milieu der USA zu sehen, wo eine problematische Relativierung politischer Gefahren und eine mangelnde Differenzierungsfähigkeit zu beobachten sei. Konflikte wie der Gaza-Krieg hätten tiefe Spaltungen erzeugt und den offenen Diskurs erschwert. Auch antisemitische Tendenzen und die Entsolidarisierung gegenüber jüdischen Kollegen seien besorgniserregend. Eine mögliche Lösung könne in historisch bewährten Prozessen der „Entradikalisierung“ liegen, bei denen politische Bewegungen durch Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen langfristig in die gesellschaftliche Mitte zurückfinden könnten. Im Zusammenhang mit Donald Trump könne man von einer „Volkstyranei“ sprechen, der zufolge demokratisch legitimierte Mehrheiten autoritäre Herrschaft ermöglichen könnten. Es fehle ein mangelndes „demokratisches Katastrophenbewusstsein“, also ein unzureichendes Verständnis dafür, wie fragil auch gefestigte Demokratien sein können. Allerdings habe sich in den USA über Jahrhunderte eine stabile demokratische Praxis und ein tief verankertes Freiheitsbewusstsein entwickelt, das Widerstandskraft verleihe. Auch in Deutschland sei eine demokratische „Freiheitsgewohnheit“ entstanden. Im Unterschied zur kurzen und instabilen Weimarer Republik verfüge die Bundesrepublik über eine lange demokratische Tradition und eine wehrhafte Verfassungsordnung. Diese Voraussetzungen gäben Anlass zur Hoffnung, dass die Demokratie aktuellen Herausforderungen standhalten könne.

¹ Alexander Menden, „... und dann passiert die Krise direkt um mich herum“. Fragen an die Historikerin Christina Morina, SZ, 27.5.2026.

Mit Blick auf ihre eigene Biografie macht *Güner Balci* in der *Süddeutschen Zeitung*² deutlich, dass sie früh eine Sensibilität für die Momente entwickelt habe, in denen aus Identität eine ideologische Abgrenzung werden und sich ein „Wir gegen die“ formieren könne. Als Kind alevitischer Eltern mit Migrationsgeschichte sei sie ohne festen nationalen Bezug aufgewachsen und habe erlebt, wie Identität über Herkunft, Religion oder Gruppenzugehörigkeit definiert werde. In Deutschland gebe es einen sichtbaren und vielfältigen Antisemitismus, der aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Milieus komme, von rechtsextremen Gruppen über islamistische Strömungen bis hin zu Teilen der politischen Mitte. Gleichzeitig gebe es wachsenden Nationalismus und illiberale Tendenzen, sowohl in rechtsextremen Kreisen als auch in manchen migrantischen und religiösen Gemeinschaften. Dies sei Teil einer gefährlichen Dynamik, in der unterschiedliche extremistische Kräfte einander verstärkten und sich in ihrer Ablehnung von Demokratie, liberalen Werten und insbesondere Israel überschneiden würden. Diese Entwicklung bedrohe zentrale Prinzipien der offenen Gesellschaft, die Gleichheit aller Menschen, die Trennung von Religion und Staat sowie die Freiheit, Überzeugungen zu hinterfragen. Gegenentwurf könne ein „humanistischer Patriotismus“ sein, der nicht auf Herkunft basiere, sondern auf gemeinsamen demokratischen Werten. Es müssten klare Grenzen gegenüber antidemokratischen Ideologien gezogen und universelle Rechte verteidigt werden. Dabei reiche es nicht aus, Probleme nur rhetorisch anzusprechen, vielmehr seien Mut, Konsequenz und die Bereitschaft nötig, aktiv für die Demokratie und die Werte des liberalen Westens einzustehen.

Florian Hartleb merkt bei *cicero.de*³ an, dass in Deutschland zwar intensiv über Extremismus gesprochen werde, dabei jedoch unterschiedliche Maßstäbe angelegt würden. Während Rechtsextremismus zurecht große Aufmerksamkeit erhalte und auch die Gefahr durch Islamismus anerkannt werde, würde Linksextremismus häufig verharmlost oder relativiert. Dabei zeigten aktuelle Statistiken, dass auch linksextreme Straftaten und Gewalttaten deutlich zunehmen würden. Eine glaubwürdige Verteidigung der Demokratie erfordere jedoch, alle Formen von Extremismus gleichermaßen ernst zu nehmen und nicht selektiv zu bewerten. Besonders problematisch sei, dass es trotz ideologischer Unterschiede zwischen Linksextremismus und Islamismus Überschneidungen in bestimmten Feindbildern gebe, etwa im Hass auf Israel, im Anti-Amerikanismus oder in einer grundlegenden Ablehnung der liberalen Demokratie. Diese Schnittmengen könnten zu gefährlichen Allianzen führen, in denen die offene Gesellschaft als feindliches System dargestellt werde. Auch Entwicklungen an Universitäten seien problematisch, da sich in Teilen eine Cancel-Kultur herausgebildet habe. Statt offener Debatten entstünden Klimata der moralischen Ausgrenzung, in denen abweichende Meinungen delegitimiert und Personen unter Druck gesetzt würden. Dadurch werde die Universität von einem Ort des freien Austauschs zu einem Raum ideologischer Kontrolle, was langfristig die demokratische Diskussionskultur schwäche. Ein Grund für den blinden Fleck im Umgang mit Linksextremismus liege darin, dass dessen Sprache und Milieus für Teile der Gesellschaft anschlussfähig erscheinen würden, während Rechtsextremismus klarer als Bedrohung wahrgenommen werde. Gleichzeitig werde Islamismus in manchen Kontexten fälschlicherweise als Ausdruck legitimer Kritik oder Identitätspolitik interpretiert. Beide Fehleinschätzungen würden die Fähigkeit unterminieren, Extremismus klar zu erkennen. Unabdingbar sei eine konsequente, ideologiefreie Extremismusbekämpfung. Entscheidend sei nicht die politische Ausrichtung, sondern das Verhältnis zur Demokratie. Wer Gewalt legitimiere, Gegner entmenschliche und pluralistische Strukturen ablehne, stelle sich außerhalb des demokratischen Konsenses. Eine wehrhafte Demokratie müsse daher alle extremistischen Tendenzen gleichermaßen im Blick behalten und dürfe nicht „auf einem Auge blind“ sein.

² Güner Balci, Gesucht: ein neuer Patriotismus, SZ, 26.5.2026.

³ Florian Hartleb, Warum Linksextremismus, Islamismus und Cancel-Kultur gefährliche Schnittmengen bilden, *cicero.de*, 8.6.2026.

Im Interview mit der *Welt am Sonntag*⁴ beschreibt *Christoph Möllers* die Demokratie in Deutschland als grundsätzlich stabil, aber nicht selbstverständlich. Historisch sei Stabilität eher die Ausnahme, während Krisen der Normalfall seien. Die gegenwärtigen Probleme kämen durch eine zunehmende politische Polarisierung und die Zersplitterung des Parteiensystems, die es erschwere, tragfähige Mehrheiten zu bilden. Dadurch stünden Regierungen vor widersprüchlichen Erwartungen: Sie sollten zugleich handlungsfähig sein und dabei möglichst viele individuelle Interessen berücksichtigen. Die Unzufriedenheit mit der Regierung sei nicht nur als politisches, sondern auch als gesellschaftliches Problem zu sehen. In einer Demokratie gebe es keinen einheitlichen „Volkswillen“, sondern viele konkurrierende Interessen, die sich nicht immer zu klaren Entscheidungen bündeln lassen würden. Modelle wie Minderheitsregierungen könnten zwar neue Möglichkeiten eröffnen, seien in Deutschland jedoch politisch kaum erprobt. Die Debatte um die AfD und die sogenannte Brandmauer müsse man differenziert sehen. Einen eindeutig bestimmbareren Wählerwillen gebe es nicht, und es sei in Demokratien normal, dass auch größere Wählergruppen nicht an der Regierung beteiligt seien. Zugleich aber fehle es an einer echten politischen Auseinandersetzung mit der AfD, insbesondere vor Ort. Ein mögliches Parteiverbot sei theoretisch denkbar, derzeit aber fehle der politische Willen oder ein klarer Plan für dessen Umsetzung. Eine weniger moralisierende, stärker interessegeleitete politische Kommunikation, eine Art „demokratischer Populismus“, wäre zielführender, „staatstragende Demokratieverteidigungsprosa“ dagegen nicht ausreichend. Mit Blick auf historische Parallelen – etwa zur Weimarer Republik – müsse vor einfachen Analogien gewarnt werden, ähnliche Muster wie politische Zersplitterung und gesellschaftliche Unzufriedenheit seien jedoch erkennbar. Die Demokratie stehe nicht unmittelbar vor dem Zusammenbruch, werde aber in den kommenden Jahren in einem langwierigen Konflikt zwischen liberalen und autoritären Tendenzen bestehen müssen.

„Die Demokratie stirbt nicht durch den einen großen Angriff. Sondern durch den schleichenden Zerfall des gemeinsamen Raums, in dem sie sich entfaltet“, merkt *Maximilian Probst* in der *Zeit*⁵ an. Der Aufstieg der radikalen Rechten sei nicht primär durch Versäumnisse liberaler Demokratien zu erklären, sondern durch ein gezieltes politisches Projekt, das stark auf Propaganda basiere. Diese Propaganda stelle die gemeinsame, faktenbasierte Wirklichkeit infrage und ersetze sie durch emotional aufgeladene Feindbilder und einfache Narrative, die durch ständige Wiederholung verankert würden. Historische Kontinuitäten zeigten, dass solche Strategien keineswegs neu seien, sondern aus dem Faschismus und späterem Rechtspopulismus fortgeführt worden seien. Dabei gehe es weniger um Wahrheit als um Wirkung. Wissenschaft werde diskreditiert, alternative „Fakten“ würden geschaffen und gesellschaftliche Gegensätze bewusst verschärft. Unterstützt werde dies durch Desinformationskampagnen, Medienwandel und soziale Netzwerke, die Polarisierung begünstigten. Die daraus entstehenden verzerrten Wahrnehmungen trafen auf gesellschaftliche Unsicherheiten und das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, was die Anfälligkeit für solche Narrative erhöhe. Propaganda könne man durch den Ausbau unabhängiger, gemeinwohlorientierter Bildungs- und Medienstrukturen begegnen, die faktenbasierte Informationen stärken und kritisches Denken fördern würden. Dazu gehörten regulierte Algorithmen, starker Journalismus sowie gesellschaftliche Räume und Bildungssysteme, die Menschen befähigen würden, Fakten von Falschinformationen zu unterscheiden.

In der *Neuen Zürcher Zeitung*⁶ kritisiert *Thomas Ribi* den inflationären Gebrauch des Begriffs „Faschismus“ in politischen Debatten, der häufig als unscharfer Kampfbegriff, als „Wunderwaffe“, diene, um Gegner moralisch zu diskreditieren und Aufmerksamkeit zu gewinnen. Ein

⁴ Hannah Bethke, Es müsste einen demokratischen Populismus geben. Fragen an den Rechtswissenschaftler Christoph Möllers, *Welt am Sonntag*, 7.6.2026.

⁵ Maximilian Probst, Propaganda, *Die Zeit*, 11.6.2026.

⁶ Thomas Ribi, Das F-Wort zieht immer, *NZZ*, 12.6.2026.

Blick in die Geschichte zeige, wie unterschiedlich und oft widersprüchlich „Faschismus“ interpretiert worden sei, von marxistischen Theorien über totalitarismustheoretische Ansätze bis hin zu modernen Erweiterungen wie „Linksfaschismus“ oder „Konsumfaschismus“. Diese begriffliche Beliebigkeit setze sich bis heute fort, wenn auch renommierte Intellektuelle den Begriff eher metaphorisch oder politisch-strategisch als analytisch präzise verwenden würden. Solche Etikettierungen würden kaum zum Verständnis aktueller politischer Phänomene beitragen, sondern vielmehr die notwendige differenzierte Analyse ersetzen. Die inflationäre Nutzung des Begriffs habe zudem problematische Folgen, denn sie verwässere die historische Bedeutung des tatsächlichen Faschismus und reduziere komplexe politische Entwicklungen auf einfache moralische Gegensätze. Letztlich diene der Faschismusvorwurf weniger der Erklärung als der Positionierung im politischen Kampf, als Mittel, sich selbst als „auf der richtigen Seite“ darzustellen, auch wenn die begriffliche Grundlage dafür schwach bleibe.

Im Gespräch mit der *NZZ am Sonntag*⁷ erklärt *Frédéric Martel*, seine Begegnungen mit Gegnern des sogenannten Westens, die über Jahre hinweg stattgefunden haben, hätten ihn nicht von den grundlegenden Werten der Demokratie, des Pluralismus und der Meinungsfreiheit abgebracht. Dennoch habe er durch diese Gespräche gelernt, die Kritik an Europa teilweise ernst zu nehmen und sich dadurch selbst besser zu verstehen. Der „Westen“ sei keine klar definierbare Realität, sondern ein ideologisches Konstrukt, das vor allem von dessen Gegnern verwendet werde, um Ängste und Feindbilder zu projizieren. Unterschiedliche Akteure – etwa Russland, China, islamistische Gruppen oder lateinamerikanische Regime – seien zwar aus verschiedenen Gründen gegen demokratische Systeme, wären jedoch in der Ablehnung von Demokratie vereint, weil diese Machtmissbrauch, Korruption und autoritäre Herrschaft erschweren würde. Demokratien ließen Kritik zu und schafften Kontrollinstanzen wie unabhängige Medien und Gerichte, was autoritären Eliten im Weg stehen würde. Zudem sei nicht der Islam als Religion das Problem, sondern politische Ideologien, die Religion über den Staat stellten. Entscheidend sei die Trennung von Religion und Politik als Grundprinzip demokratischer Gesellschaften. Neben extremistischen Ideologien stelle vor allem staatlich gesteuerte Einflussnahme durch Russland, China oder Iran eine Gefahr dar, die mittels Propaganda, Finanzierung politischer Kräfte und kultureller Soft Power versuchten, westliche Gesellschaften zu destabilisieren. Gefährlich sei auch eine Annäherung zwischen extremen politischen Lagern, sowohl auf der linken als auch auf der rechten Seite, die sich trotz ideologischer Unterschiede in ihrer Ablehnung liberaler Demokratie überschneiden würden. Diese Entwicklung sei Teil eines globalen ideologischen Konflikts zwischen demokratischen und autoritären Systemen. Trotz allem aber könne man optimistisch bleiben, denn demokratische Systeme seien zwar verletzlich, letztlich aber überlegen und universell anwendbar. Die Attraktivität von Freiheit und Menschenrechten sei weltweit gegeben, auch wenn unterschiedliche kulturelle Ausprägungen existierten. Der entscheidende Unterschied zwischen demokratischen und autoritären Systemen liege in der Möglichkeit zur Kritik und zur offenen Auseinandersetzung. Demokratien müssten den ideologischen Kampf aktiv führen und dürften sich nicht von gegnerischen Narrativen oder übermäßiger Selbstkritik lähmen lassen. Die Stärke demokratischer Werte werde sich auch in Krisenzeiten behaupten, selbst angesichts politischer Entwicklungen wie jener in den USA unter Donald Trump, die als Belastungstest für die Demokratie zu verstehen sei.

⁷ Martina Läubli, „Werte sind stärker“. Fragen an den Soziologe Frédéric Martel, *NZZ am Sonntag*, 14.6.2026.

In der Debatte: Papst Leo XIV. und die Enzyklika Magnifica Humanitas

Daniel Bogner befasst sich in der *Welt*⁸ mit der Person von Papst Leo XIV., dem es gelinge das traditionelle katholische Verständnis von Kontinuität mit einem überraschenden Moment des Wandels zu verbinden. Obwohl die katholische Kirche oft als strikt an Tradition orientiert gelte, habe sich am Beispiel dieser Papstwahl gezeigt, dass sie durchaus zu Brüchen und neuen Schwerpunktsetzungen fähig sei. Mit seiner Enzyklika zur Künstlichen Intelligenz mache Leo XIV. deutlich, dass er die großen Herausforderungen der Gegenwart weniger in klassischen innerkirchlichen Reformfragen, sondern in globalen ethischen und kulturellen Entwicklungen sehe. Im Unterschied zu seinen Vorgängern definiere er sich weder primär über dogmatische Strenge, charismatische Führung noch über Reformprozesse. Stattdessen verstehe er sein Amt als eine Form globaler Ordnungsverantwortung in einer zunehmend fragmentierten Welt. Geprägt durch internationale Erfahrungen, insbesondere in Lateinamerika, verkörpere er einen „polyzentrischen“ Katholizismus, der unterschiedliche kulturelle Perspektiven miteinander verbinde. In einer Zeit wachsender Polarisierung und gesellschaftlicher Zersplitterung sehe Leo XIV. die Aufgabe der Kirche darin, Räume offenzuhalten, in denen unterschiedliche Positionen miteinander im Gespräch bleiben könnten. Dabei knüpfe er an eine lange Tradition an, Gegensätze wie Glaube und Vernunft oder Einheit und Vielfalt miteinander zu verbinden, ohne sie aufzulösen. Die Bedeutung seiner Enzyklika liege weniger in inhaltlich neuen Argumenten als vielmehr darin, dass sie die Frage nach dem Menschen im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz in den Mittelpunkt rücke. Der Papst interessiere sich dabei weniger für die technischen Möglichkeiten als für die Grenzen dessen, was an Maschinen delegiert werden dürfe. Zugleich werde deutlich, dass seine Haltung insbesondere in Deutschland auf ein gemischtes Echo stoße. Während dort oft intensive Reformdebatten geführt würden, setze der Papst stärker auf pragmatische Orientierung und globale Umsetzbarkeit von Ideen. Er trete weder als radikaler Reformers noch als konservativer Bewahrer auf, sondern versuche, die Kirche in ihrer Vielfalt zusammenzuhalten, ohne sich einseitigen Erwartungen zu unterwerfen.

Ursula Nothelle-Wildfeuer weist im *Focus*⁹ darauf hin, dass der Papst die Würde des Menschen ins Zentrum der Debatte über Künstliche Intelligenz stelle. Für Leo XIV. liege die Größe der Menschheit nicht primär in technischen Errungenschaften, sondern in ihrer Würde und auch in ihrer Verletzlichkeit. Daraus ergebe sich ein klarer Maßstab: KI müsse dem Menschen dienen und dürfe ihn nicht der reinen Effizienz unterordnen. Maschinen könnten zwar Leistungen simulieren, besäßen jedoch weder Erfahrung, Gewissen noch Verantwortung, daher blieben echte Entscheidungen dem Menschen vorbehalten. Gerade die menschliche Verletzlichkeit ermögliche Beziehung, Fürsorge und Verantwortung und dürfe nicht durch Technik verdrängt werden. Daraus folge eine doppelte Verantwortung, die Politik solle verbindliche Regeln und Kontrolle schaffen, um negative Folgen wie Überwachung oder autonome Waffensysteme zu verhindern, während jeder Einzelne bewusst und kritisch mit KI umgehen müsse.

Die Enzyklika von Papst Leo XIV. setze sich mit den Herausforderungen einer zunehmend technisierten Welt auseinander, konstatiert *Richard Meusers von Wissmann* in der *Welt*¹⁰. Dabei werde die Frage gestellt, ob die Menschheit ihre eigenen Grundlagen bewahren könne oder durch Entwicklungen wie Künstliche Intelligenz in neue Formen der Entfremdung gerate. Der Papst vergleiche die Bedeutung der KI mit der industriellen Revolution und sehe in ihr eine

⁸ Daniel Bogner, Leo, der letzte Universalist, *Die Welt*, 8.6.2026.

⁹ Ursula Nothelle-Wildfeuer, Keine Klage, sondern Zuversicht, *Focus* 29.5.2026.

¹⁰ Richard Meusers von Wissmann, Die eindringliche Warnung des Papstes an die Menschheit, *Die Welt*, 26.5.2026.

tiefgreifende soziale Umbruchskraft, die das Verhältnis von Mensch, Arbeit und Macht grundlegend verändern könne. Dabei knüpfte er an die Tradition der katholischen Soziallehre an und betone Prinzipien wie Gemeinwohl, den Vorrang der menschlichen Würde und den Schutz der Schwachen, die auch im digitalen Zeitalter weiterhin gelten müssten. Der Papst warne davor, dass KI den Menschen auf Daten und Funktionen reduziere und damit dessen personale Bedeutung untergrabe. Auch transhumanistische Ideen weise er zurück, da sie den Menschen zu einem technisch optimierbaren Objekt machten und so seine unverfügbare Würde gefährdeten. Die Kirche sei aber nicht Gegnerin der Technik, sondern suche den Dialog mit Wissenschaft und Gesellschaft. Automatisierung werde nicht grundsätzlich abgelehnt, wohl aber kritisiert, wenn sie soziale Bindungen zerstöre oder Arbeit auf reine Effizienz reduziere. Darüber hinaus fordere Leo XIV. eine stärkere politische Regulierung der Technologieentwicklung, um Machtkonzentrationen zu verhindern und das Gemeinwohl zu sichern. Besonders kritisch sehe er die militärische Nutzung von KI, da automatisierte Entscheidungen über Leben und Tod die moralische Verantwortung untergraben könnten.

Stefan Reis Schweizer merkt in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹¹ an, die Enzyklika sei als Beitrag der katholischen Kirche zu einer aktuellen gesellschaftlichen Debatte zu verstehen. Sie wolle die Soziallehre angesichts neuer technologischer Herausforderungen weiterentwickeln und eine moralische Perspektive einbringen. Der Papst sehe KI als einen entscheidenden Wendepunkt für die Menschheit, vergleichbar mit der industriellen Revolution, und erkenne sowohl ihr großes Potenzial etwa für Arbeitswelt, Medizin und Umwelt als auch ihre Gefahren. Besonders warne er vor einer „Entmenschlichung“, wenn der Mensch nur noch auf Daten, Effizienz und Leistung reduziert würde, sowie vor autonomen Waffensystemen, die die Hemmschwelle für Gewalt senken könnten. KI sei aber nicht grundsätzlich abzulehnen, sie sei eine zutiefst menschliche Erscheinung und Ausdruck von Freiheit und Kreativität. Ziel müsse es daher sein, die Technologie ethisch zu gestalten und „lebensfreundlich“ zu machen. Dafür sei mehr Transparenz, Kontrolle und internationale Regulierung notwendig, um Missbrauch zu verhindern und Wettbewerb sowie Gemeinwohl zu sichern.

John Thornhill vergleicht in der *Financial Times*¹² Papst Leo XIII. mit seinem modernen Nachfolger gleichen Namens und zeigt auf, wie sich beide mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbrüchen ihrer Zeit auseinandersetzen. Während Leo XIII. 1891 in seiner Enzyklika *Rerum Novarum* die sozialen Spannungen der Industrialisierung – wie etwa wirtschaftliche Ungleichheit, Ausbeutung von Arbeitern und moralischen Verfall – thematisiert habe, richte der heutige Papst Leo sein Augenmerk auf die Herausforderungen der digitalen Transformation und Künstlichen Intelligenz. Dabei erkenne er zwar die Chancen von Technologie an, etwa für wissenschaftlichen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen, betone jedoch zugleich, dass KI nicht neutral sei und von Anfang an in ethische Rahmen eingebettet werden müsse, damit der Mensch nicht auf bloße Daten oder Leistungskennzahlen reduziert werde. Zentral sei seine Forderung, dass technologische Entwicklung allen zugutekommen müsse und nicht zu neuer Ungleichheit oder „digitalem Kolonialismus“ führen dürfe. KI-Systeme spiegelten bestehende Machtverhältnisse und könnten Ungerechtigkeit verstärken, insbesondere angesichts großer Datenkonzentration bei wenigen Unternehmen. Gleichzeitig werde hervorgehoben, dass moralische Orientierung in der aktuellen politischen Führung – insbesondere in den USA – oft fehle, während einzelne Akteure aus der Tech-Branche durchaus zur Reflexion bereit seien. Der Papst plädiere für einen „authentischen Realismus“, der weder naiv idealistisch noch resigniert zynisch sei, sondern auf beharrliche, verantwortungsvolle Verbesserung der Welt durch Institutionen, Dialog und Schutz der Menschlichkeit setze.

¹¹ Stefan Reis Schweizer, Forderungen des Papstes überzeugen nicht durchweg, NZZ, 27.5.2026.

¹² John Thornhill, The Pope disrupts Silicon Valley, Financial Times, 28.5.2026.

Die Enzyklika *Magnifica humanitas* von Papst Leo XIV. sei ein wegweisendes Lehrschreiben, das an die Bedeutung von *Rerum Novarum* anknüpfen könne, urteilt *Annette Zoch* in der *Süddeutschen Zeitung*¹³. Während damals die soziale Frage der Industrialisierung im Mittelpunkt gestanden habe, beschäftige sich der Papst heute mit den Folgen der Künstlichen Intelligenz. Dabei zeige er sich nicht technikfeindlich, sondern erkenne deren Chancen an, betone jedoch zugleich die Notwendigkeit von Regulierung, um Machtkonzentration, Gefahren für die Demokratie und eine Reduzierung des Menschen auf Daten zu verhindern. Leo XIV. trete dabei als glaubwürdiger Vermittler auf, der sowohl kulturell als auch intellektuell Zugang zur Welt der Technologie besitze. Unterstützt werde sein Engagement durch den Dialog des Vatikans mit Akteuren aus dem Silicon Valley, die selbst nach moralischer Orientierung im Umgang mit KI suchten. Der Papst verstehe seine Rolle dabei als eine Art moralische Instanz in einer zunehmend unsicheren Welt. Im Kern gehe es in der Enzyklika weniger um Technik als um das Wesen des Menschen. Leo XIV. hebe hervor, dass KI zwar leistungsfähig sei, jedoch grundlegende menschliche Fähigkeiten wie moralisches Urteilsvermögen, Empathie oder Staunen nicht ersetzen könne. Er warne vor transhumanistischen Vorstellungen, die den Menschen optimieren wollten, und betone stattdessen die Bedeutung von Unvollkommenheit, Verletzlichkeit und zwischenmenschlicher Abhängigkeit. Gerade diese Eigenschaften ermöglichten Mitgefühl und machten die „großartige Menschheit“ aus.

Nils Markwardt stellt in der *Zeit*¹⁴ fest, Papst Leo XIV. ver falle in seiner Enzyklika zur Künstlichen Intelligenz weder in Technikbegeisterung noch in pauschale Ablehnung. Er erkenne die praktischen Vorteile von KI an, warne jedoch vor Risiken wie Machtkonzentration, hohem Energieverbrauch und militärischem Einsatz. Im Zentrum seiner Argumentation stehe die grundlegende Frage nach dem Zweck von KI. Obwohl sie enorme Möglichkeiten verspreche, sei unklar, welches langfristige Ziel ihr Einsatz für die Menschheit verfolgen solle. Auch auf bereits spürbare negative Folgen wie Jobängste oder digitale Überflutung mit minderwertigen Inhalten werde hingewiesen. Besonders kritisch sehe der Papst die Vorstellung, der Mensch könne durch Technologie optimiert oder ersetzt werden. Stattdessen betone er den Wert menschlicher Unvollkommenheit und warne vor einem Menschenbild, das den Menschen auf eine fehleranfällige Maschine reduziere. Seine Position sei dabei als Plädoyer für einen bewussten und verantwortungsvollen Umgang mit KI zu verstehen.

Der *Economist*¹⁵ merkt an, die Enzyklika sei mit über 42.000 Wörtern sehr umfangreich und behandle zahlreiche Themen. Neben Forderungen nach faktengeprüfem Journalismus, multilateraler Diplomatie und einer verspäteten Entschuldigung der Kirche für ihre Haltung zur Sklaverei stehe vor allem die Kritik an der unregulierten Entwicklung Künstlicher Intelligenz im Mittelpunkt. Der Papst warne vor den Risiken dieser Technologie und stelle sich damit gegen technikoptimistische Strömungen im Silicon Valley, insbesondere den Trans- und den Posthumanismus, die eine Verbesserung oder sogar Überwindung des Menschen durch Technik anstrebten. Der Papst sehe darin Parallelen zu eugenischen Ideen und betone, dass menschliche Unvollkommenheit ein wesentlicher Bestandteil der menschlichen Würde sei und nicht überwunden werden sollte. Die Enzyklika könne als der Beginn eines grundlegenden philosophischen Konflikts zwischen religiösem Menschenbild und technologischem Fortschrittsglauben verstanden werden. Gleichzeitig mache Leo XIV. deutlich, dass er nicht grundsätzlich gegen Technologie sei, sondern deren Nutzen anerkenne, auch wenn ironischerweise Teile des Dokuments – so die Analyse des Techbloggers Linch Zhang – möglicherweise selbst mithilfe von KI verfasst worden seien.

Die Enzyklika *Magnifica Humanitas* von Papst Leo sei ein sehr umfangreiches und teilweise unübersichtliches Dokument, das sich vor allem an ein fachkundiges Publikum richte, das sich

¹³ Annette Zoch, KI entwaffnen, *SZ*, 27.5.2026.

¹⁴ Nils Markwardt, Und ist das gut?, *Die Zeit*, 28.5.2026.

¹⁵ Leo's first encyclical attacks technological messianism, *The Economist*, 28.5.2026.

mit Fragen der künstlichen Intelligenz und Politik beschäftigt, merkt *Barton Swaim* im *Wall Street Journal*¹⁶ an. Durch ihre Länge und Komplexität verliere sie an Klarheit und Wirkung für die breite Öffentlichkeit. Inhaltlich enthalte sie viele Positionen, die besonders auf internationale Eliten und Entscheidungsträger zugeschnitten wirkten, etwa Forderungen nach Schutz von Arbeitsplätzen durch KI, verantwortungsvoller Bildung im Umgang mit Technologie und Kritik an Gewalt und Krieg. Diese Aussagen seien weitgehend konsensfähig und dürften bei globalen politischen und wirtschaftlichen Akteuren kaum auf Widerspruch stoßen. Es werde deutlich, dass der Papst sich wirklich vor einem möglichen Missbrauch von Künstlicher Intelligenz Sorge, allerdings blieben seine Ausführungen wenig überzeugend, da die moralischen Folgen dieser Technologie bislang noch kaum verstanden würden. Forderungen an Regierungen, KI zu regulieren, seien ähnlich schlüssig – und ebenso gefährlich – wie Forderungen nach einer Regulierung von Desinformation. In beiden Fällen handele es sich um schwammige Begriffe. Vielleicht gebe es ihm zu denken, welch überschwängliches Lob sein Aufsatz aus den üblichen Kreisen erfahren habe.

Martin Grichting konstatiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*¹⁷, mit seiner Enzyklika positioniere Papst Leo XIV. die Kirche in einer globalen Debatte. Er erkenne KI grundsätzlich als nützliches Werkzeug an, warne jedoch vor einem unkontrollierten technologischen Wettlauf und plädiere für stärkere Regulierung. Dabei äußere er Skepsis gegenüber Marktmechanismen und fordere internationale Eingriffe, etwa von Seiten der UNO. Damit begeben er sich auf ein Feld, das eher rationaler als theologischer Beurteilung bedürfe, zumal die kirchliche Soziallehre keine verbindliche Autorität besitze. Insgesamt wirke die Enzyklika auch wie der Versuch, die Kirche als modern und relevant zu präsentieren, etwa durch die Bezugnahme auf zeitgenössische Denker. Kritiker würden dem Papst jedoch vorwerfen, sich mit einem randständigen Thema zu profilieren, anstatt sich vorrangig den innerkirchlichen Problemen zu widmen. *Martin Heidegger* habe schon früh vor den Gefahren einer technisierten Welt gewarnt und einen ausgewogenen Umgang mit Technik gefordert. Dies sei eine überzeugendere Orientierung, die auch ohne religiöse Argumentation auskomme und bis heute gültig geblieben sei.

In der Debatte: Künstliche Intelligenz – Risiko und Chance

Andreas Busch macht in der *FAZ*¹⁸ auf eine wachsende, parteiübergreifende Bewegung gegen KI aufmerksam, die in den USA zunehmend politischen Einfluss gewinnen würde und das Potenzial habe, die Technologiepolitik grundlegend zu verändern. Dabei vereine der Widerstand sehr unterschiedliche Akteure aus dem rechten und linken politischen Spektrum, die vor allem die ungleiche Verteilung der Kosten und Gewinne der KI kritisierten. Während große Technologiekonzerne profitierten, trügen viele Bürger die negativen Folgen wie etwa Arbeitsplatzunsicherheit, steigenden Ressourcenverbrauch und sozialen Druck. Diese Dynamik führe zu Spannungen innerhalb der Republikaner und der Demokraten, da sich dort sowohl Befürworter von Deregulierung als auch Vertreter strengerer Kontrolle gegenüberstehen würden. Besonders deutlich werde, dass die Debatte nicht mehr entlang klassischer politischer Linien verlaufe, sondern von populistischen Argumenten geprägt sei, vergleichbar ähnlicher Kontroversen zur Handelspolitik. Gleichzeitig würde die Diskussion durch konkrete Auswirkungen wie den Bau von Rechenzentren oder Umweltbelastungen an Bedeutung auf lokaler Ebene gewinnen. Auch internationale Beispiele zeigten, dass die Skepsis gegenüber KI zunehme, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Bei der Auseinandersetzung mit KI gehe es weniger um technische Fragen als um grundlegende politische und gesellschaftliche Konflikte,

¹⁶ Barton Swaim, Pope Leo Aims to Please, *Wall Street Journal*, 27.5.2026.

¹⁷ Martin Grichting, Künstliche Intelligenz ist keine Glaubensfrage, *NZZ*, 27.5.2026.

¹⁸ Andreas Busch, KI-Populismus kennt keine Parteien, *FAZ*, 26.6.2026.

etwa um Gerechtigkeit, Machtverteilung und die Frage, wer über die Entwicklung und Nutzung dieser Technologie entscheide.

Judith Dada merkt im *Handelsblatt*¹⁹ an, Künstliche Intelligenz habe eine Transformation von der Tragweite der industriellen Revolution ausgelöst, dies jedoch in deutlich kürzerer Zeit, was Politik und Gesellschaft vor enorme Herausforderungen stelle. Europa und insbesondere Deutschland würden dabei das Tempo, die Tiefe und die Anforderungen dieses Wandels unterschätzen, während gleichzeitig an überholten Stärken festgehalten werde. Beim Ausbau von Rechenkapazitäten drohe Europa weit zurückzufallen, weil Energiepreise, langsame Genehmigungen und Abhängigkeiten von internationalen Anbietern den Fortschritt bremsen. Gleichzeitig besitze Deutschland mit seinen Industriedaten und technischer Expertise einen wichtigen Wettbewerbsvorteil, nutze diesen aber durch restriktive Regulierung und fehlende strategische Klarheit nicht ausreichend. Auf dem Arbeitsmarkt könne die bisherige Politik des Bewahrens bestehender Jobs kontraproduktiv wirken; stattdessen sei ein flexibler Ansatz gefordert, der Unternehmen Anpassung ermögliche und Arbeitnehmer durch Weiterbildung und soziale Absicherung unterstütze. Insgesamt fehle es an einer überzeugenden Vision, die den Nutzen von KI greifbar mache und gesellschaftliche Akzeptanz schaffe. Ohne tiefgreifende Reformen in Infrastruktur, Datenpolitik und Arbeitsrecht riskiere Europa, den Anschluss zu verlieren und die Gestaltung sowie die Erträge dieser entscheidenden Technologie anderen zu überlassen.

Johannes Pennekamp setzt sich in der *FAZ*²⁰ mit der rasanten Entwicklung und wachsenden Bedeutung von Künstlicher Intelligenz und deren weitreichenden Auswirkungen auf Arbeitswelt und Gesellschaft auseinander. KI ziehe enorme Investitionen an und werde kontinuierlich immer leistungsfähiger, wodurch auch immer mehr Tätigkeiten automatisiert würden. Dies führe einerseits zu Effizienzgewinnen, da viele Aufgaben deutlich schneller erledigt werden könnten, andererseits aber auch zu erheblichen Sorgen in der Bevölkerung, insbesondere hinsichtlich Arbeitsplatzverlusten und einer möglichen Sinnkrise in vielen Berufen. Die Unsicherheit sei groß, da unklar sei, ob die KI-Revolution langfristig mehr Jobs schaffe oder vernichte. Erste Entwicklungen zeigten jedoch, dass bereits heute Stellen abgebaut würden, insbesondere in Bereichen wie Banken, Versicherungen oder Beratungsberufen. Trotz dieser Risiken könne KI auch eine große Chance sein, insbesondere für die deutsche Wirtschaft, die mit hohen Kosten und Fachkräftemangel zu kämpfen habe. Richtig eingesetzt könne KI die Wettbewerbsfähigkeit deutlich steigern. Voraussetzung dafür sei jedoch ein aktives Gestalten des Wandels durch Unternehmen, Beschäftigte und Politik. Ein zu strenger Kündigungsschutz könne dabei hinderlich sein, da Flexibilität notwendig sei, um Innovationen zu ermöglichen. Die Einführung von KI solle dabei auch nicht primär zur Ersetzung von Arbeitskräften führen, sondern zur Unterstützung qualifizierter Mitarbeiter, um deren Produktivität und Leistungsfähigkeit zu steigern. Unternehmen sollten ihren Angestellten Zugang zu neuen Technologien ermöglichen und deren Wissen aktiv einbeziehen. Die Geschwindigkeit sei hierbei entscheidend, denn wer frühzeitig auf neue Technologien setze, sichere sich langfristige Vorteile. Deutschland drohe hier jedoch im internationalen Vergleich zurückzufallen, weshalb insbesondere Unternehmen stärker in die Nutzung von KI investieren müssten.

In der *New York Times*²¹ konstatiert *Ezra Klein*, die aktuelle Debatte über Künstliche Intelligenz konzentriere sich im Moment vor allem auf mögliche Risiken wie etwa Arbeitsplatzabbau, Überwachung, Machtkonzentration oder Kontrollverlust. Diese Gefahren seien real und erforderten politische Maßnahmen. Gleichzeitig fehle jedoch die ebenso wichtige Diskussion darüber, wie KI konkret dem Gemeinwohl dienen könne. Denn die positiven Effekte entstünden nicht automatisch, sondern müssten gezielt politisch und gesellschaftlich gestaltet werden.

¹⁹ Judith Dada, Was Deutschland gegen den KI-Abstieg tun muss, *Handelsblatt*, 12.6.2026.

²⁰ Johannes Pennekamp, Revolution ist jetzt, *FAZ*, 26.5.2026.

²¹ Ezra Klein, There's Something Else We Should Be Worrying About, *New York Times*, 31.5.2026.

Bisherige Erfolge, etwa in der Mathematik oder der medizinischen Forschung, zeigten, dass KI enorme Potenziale besitze, wenn sie auf die richtigen Probleme angewendet werde. Dafür brauche es jedoch geeignete Voraussetzungen wie Daten, Rechenkapazität und eine gezielte Problemdefinition. Ein zentrales Anliegen müsse daher der Aufbau einer öffentlichen KI-Infrastruktur sein. Dazu gehöre unter anderem ein besserer Zugang zu Rechenleistung für Universitäten und öffentliche Institutionen, um eine wachsende Kluft zwischen privatwirtschaftlichen Akteuren und dem öffentlichen Sektor zu verhindern. Gleichzeitig sollte die Politik Anreize schaffen, damit private Unternehmen verstärkt an gesellschaftlich relevanten Problemen arbeiten würden. Entscheidend sei zudem die Qualität und Verfügbarkeit von Daten. Öffentliche Datensätze müssten verbessert und neue Daten gezielt aufgebaut werden, um KI in wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen wirksam einsetzen zu können. Die Debatte um KI sollte nicht nur von Angst, sondern auch von Gestaltungswillen geprägt sein.

Frederik Pferdt argumentiert im *Handelsblatt*²², dass Deutschlands Suche nach wirtschaftlichem Fortschritt oft einen entscheidenden Punkt nicht beachte, die innere Haltung der Menschen. Statt nur auf Technologien, Wachstum oder politische Rahmenbedingungen zu schauen, müsse die Fähigkeit zu staunen, neugierig zu sein und bewusst wahrzunehmen wieder mehr in den Mittelpunkt gestellt werden, da diese im Alltag verlorengegangen sei. Das „Wundern“ und die Fähigkeit, offen und urteilsfrei zu bleiben seien zentrale Voraussetzungen für Innovation. Äußere Faktoren seien oft nicht kontrollierbar, während die eigene Haltung jederzeit beeinflussbar sei. Gerade darin liege eine unterschätzte wirtschaftliche Kraft. KI zeige exemplarisch, dass nicht die Technologie selbst über die Zukunft entscheide, sondern die Haltung des Menschen zu ihr. Während einige noch Risiken abwägen würden, würden andere bereits aktiv mitgestalten, indem sie offen experimentieren und lernen würden. Entscheidend sei, zwischen dem zu unterscheiden, was außerhalb unserer Kontrolle liege, und dem, was wir selbst beeinflussen könnten. Wichtig sei eine innere, aktive und optimistische Haltung; ein „Zukunftsgeist“, geprägt von Neugier, Offenheit und Verantwortungsbewusstsein. Wirtschaftliche Stärke entstehe somit nicht nur durch äußere Faktoren, sondern vor allem durch Menschen und Organisationen, die bewusst entscheiden würden, wie sie denken, handeln und Veränderungen annehmen wollten.

Winand von Petersdorff macht in der *FAZ*²³, auch mit Blick auf die USA deutlich, dass die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz auf Arbeitsmarkt und Gesellschaft derzeit nicht verlässlich vorhergesagt werden könnten, weshalb man sich an beobachtbare Entwicklungen halten sollte. Am Beispiel der Radiologie zeige sich, dass KI zwar einzelne Tätigkeiten effizienter mache, Berufe jedoch nicht automatisch ersetzen könne. Trotz technologischer Fortschritte sei die Zahl der Radiologen gestiegen, und ihre hohe Nachfrage bleibe bestehen. Auch andere wissensintensive Berufe könnten davon profitieren, indem sie mithilfe von KI ihre Leistungen günstiger anbieten und so mehr Nachfrage erzeugen würden. Zugleich zeige der Arbeitsmarkt in den USA eine robuste Entwicklung mit niedriger Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung, was unter anderem auf die Dynamik durch KI zurückgeführt werde. Besonders auffällig sei die Zunahme von Unternehmensgründungen, oft durch junge Akademiker, deren Beschäftigungschancen trotz gegenteiliger Befürchtungen nicht gesunken seien. Parallel investierten Unternehmen stark in KI-Infrastruktur, was zusätzliche Arbeitsplätze schaffe. Langfristig könnten diese Entwicklungen zu Produktivitäts- und Wohlstandsgewinnen führen, auch wenn unklar sei, welche Branchen profitieren würden. Die eigentliche Herausforderung liege weniger im möglichen Jobverlust, sondern darin, wie KI die Fähigkeiten und das Urteilsvermögen der Menschen beeinflussen werde. Zwar könne KI Bildungsdefizite teilweise ausgleichen und die Produktivität steigern, gleichzeitig bestehe jedoch die Gefahr, dass sie selbstständiges Lernen untergrabe und Menschen Ergebnisse nicht mehr kritisch beurteilen könnten.

²² Frederik Pferdt, Das Wirtschaftswunder beginnt mit Wundern, Handelsblatt, 12.6.2026.

²³ Winand von Petersdorff, KI-Apokalypse?, FAZ, 10.6.2026.

Im Zeitalter der Künstlichen Intelligenz werde es immer schwieriger zu erkennen, ob hinter einem Text ein Mensch oder ein Algorithmus stehe, merkt *Andreas Rosenfelder* in der *Welt*²⁴ an. Zwar gebe es noch stilistische Hinweise auf KI, doch diese würden mit wachsender technologischer Leistungsfähigkeit zunehmend verschwinden. Damit stelle sich die Frage, ob das menschliche Gehirn als Produzent von Texten und Ideen an Bedeutung verliere und stattdessen zu einem passiven Konsumenten von KI-generierten Inhalten werde. Gleichzeitig vollziehe sich eine gesellschaftliche Debatte über den Einsatz von KI in Bereichen wie Bildung, Religion, Politik und Journalismus. Kontroversen über KI-generierte Vorlesungen, Predigten oder politische Texte zeigten, dass sich ein kultureller Konflikt anbahne zwischen Befürwortern, die KI als kreatives Werkzeug nutzen und Kritikern, die den Verlust menschlicher Autorschaft fürchten würden. Historisch betrachtet seien solche Ängste jedoch nicht neu. Schon frühere Technologien wie Schrift oder rhetorische Regelwerke seien als Bedrohung des Denkens wahrgenommen worden, obwohl sie stets auch produktiv auf das Denken zurückwirkten. Entscheidend bleibe die Rolle des Menschen als Urheber. Die Qualität von Texten hänge weiterhin von der Originalität und Persönlichkeit des Autors ab, selbst wenn KI als Werkzeug eingesetzt werde. Ein inhaltsleerer KI-Text spiegele letztlich die Ideenarmut seines Auftraggebers wider. Zudem seien menschliche Erfahrung, Kreativität und die Fähigkeit, aus Krisen und Irritationen zu lernen, Eigenschaften, die KI nicht vollständig ersetzen könne. Hinzu komme, dass KI selbst auf menschlichen Input angewiesen bleibe. Ohne neue, originelle Inhalte drohe sie, in einem Kreislauf aus Wiederholung und Qualitätsverlust zu verharren. Gerade hier liege eine Chance für den Journalismus und andere kreative Bereiche, denn sie könnten KI als Instrument nutzen, indem sie ihr neue Perspektiven und Fragestellungen liefern würden. Statt Pessimismus also eine Neubewertung. Nicht der „Tod des Autors“ stehe bevor, sondern möglicherweise seine Rückbesinnung und sogar seine Stärkung, als unverzichtbare Quelle von Erfahrung, Bedeutung und Innovation im Zusammenspiel mit der Künstlichen Intelligenz.

In der Debatte: Geopolitische Spannungen

Im Interview mit der *Zeit*²⁵ betrachtet *Frank Sauer* die wachsende Rolle von Künstlicher Intelligenz in modernen Kriegen. Die sogenannte Kill-Chain beschreibe eine feste Abfolge militärischer Schritte: Ziele würden identifiziert, bewertet, verfolgt, bekämpft und anschließend werde der Erfolg überprüft. Dabei handele es sich nicht nur um einen technischen Prozess, sondern auch um komplexe Entscheidungen, die militärische, rechtliche und ethische Abwägungen einschließen würden. Mit dem Einsatz von KI habe sich dieser Prozess stark beschleunigt. KI-Systeme könnten enorme Datenmengen auswerten, Objekte auf Bildern automatisch erkennen und Veränderungen auf dem Schlachtfeld analysieren. Dadurch ließen sich innerhalb kürzester Zeit sehr viele Ziele identifizieren und angreifen. Dieser Geschwindigkeitsvorteil gelte als entscheidend im modernen Krieg, da schnelleres und präziseres Handeln militärische Vorteile bringe und theoretisch auch dabei helfen könne, zivile Schäden zu reduzieren. Gleichzeitig entstünden dadurch neue Probleme. Der Mensch werde zunehmend zum „Flaschenhals“, weil er mit der Geschwindigkeit der Maschinen nicht mithalten könne. In der Praxis bleibe oft kaum Zeit, die von der KI vorgeschlagenen Ziele sorgfältig zu prüfen. Die menschliche Kontrolle reduziere sich dann auf oberflächliche Kriterien, was die Einhaltung des Kriegsvölkerrechts gefährde. KI sei zwar leistungsfähig, aber bleibe dem Menschen in komplexen Situationen weiterhin unterlegen, da Menschen Zusammenhänge intuitiv erfassen und

²⁴ Andreas Rosenfelder, Die KI ist nicht der Tod des Autors, *Die Welt*, 17.6.2026.

²⁵ Hauke Friederichs/Jörg Lau, Wer gibt den letzten Befehl? Fragen an den Militärforscher Frank Sauer, *Die Zeit*, 28.5.2026.

rechtliche sowie moralische Bewertungen vornehmen könnten, während KI bei solchen Aufgaben an Grenzen stoße. Deshalb sei die Frage entscheidend, wie die Aufgaben zwischen Mensch und Maschine verteilt würden, wobei das Konzept der „meaningful human control“ ins Spiel komme. Es bedeute, Systeme so zu gestalten, dass ihr Verhalten vorhersehbar bleibe, der Mensch eingreifen könne und letztlich die Verantwortung trage. Insgesamt senke der Einsatz von KI die Hemmschwelle zum Einsatz militärischer Gewalt, da Angriffe präziser und ohne direktes Risiko für die eigenen Soldaten erfolgen könnten. Gleichzeitig erschwere die Verbreitung von KI eine wirksame Rüstungskontrolle, da die Technologien nicht nur in staatlicher Hand seien, sondern auch aus der zivilen Wirtschaft stammten und global zugänglich seien. Angesichts der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sei es dennoch geboten, dass Staaten wie Deutschland verstärkt in militärische KI investieren würden, da dies eine notwendige Maßnahme zur Abschreckung sei, auch wenn dies den Beginn eines neuen Rüstungswettlaufs bedeute.

Antonio Fumagalli beschreibt die NATO in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁶ als ein 77 Jahre altes Bündnis, das derzeit vor großen Herausforderungen und einem grundlegenden Wandel stehe. Die USA seien nicht mehr bereit, Europas Sicherheit weitgehend allein zu garantieren. Diese Entwicklung sei zwar nicht völlig neu, werde aber durch das Auftreten von Donald Trump verstärkt, das in Europa immer wieder Unsicherheit und Überraschung auslöse. Trotz dieser Spannungen werde die NATO weiterhin bestehen und für die USA wichtig bleiben, da diese auch für eigene militärische Operationen auf europäische Unterstützung angewiesen seien. Gleichzeitig wachse in Europa das Bewusstsein, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernehmen zu müssen. Insgesamt verschiebe sich der Fokus der USA zunehmend in den Indopazifik, was Europa zwingt, eigenständiger zu handeln. Maßnahmen wie die Unterstützung in internationalen Konfliktregionen oder die verstärkte Hilfe für die Ukraine zeigten, dass Europa diese Entwicklung ernst nehmen würde. Entscheidend bleibe jedoch, dass die NATO-Mitglieder auf diesem neuen Kurs bleiben würden, auch wenn einfache Erfolge wie in der Vergangenheit derzeit nicht zu erwarten seien.

Im *Handelsblatt*²⁷ stellt *Jens Münchrath* die Welt als zunehmend instabil und von Machtpolitik geprägt dar, in der internationale Konflikte immer häufiger militärisch ausgetragen würden. Ausgehend von Donald Trumps ungewöhnlichen und teils provokanten Aktionen, etwa im Zusammenhang mit Grönland oder dem Iran, werde deutlich, dass politische Entscheidungen oft irrational oder eigennützig erscheinen würden und nicht im Interesse der beteiligten Staaten lägen. Besonders der Iran-Krieg sei problematisch, da er neue Risiken geschaffen habe, ohne klare Vorteile für die USA zu bringen. Auch Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine könne als desaströs bewertet werden, da er enorme Verluste verursacht habe, ohne entscheidende Erfolge zu erzielen und gleichzeitig Russland international isolieren würde. Im globalen Machtgefüge trete China als kalkulierender Akteur auf, der die Fehler anderer ausnutze und seine Position vorsichtig stärke, beispielsweise im Hinblick auf Taiwan. Insgesamt entstehe das Bild einer Welt, in der die regelbasierte Ordnung zunehmend zerfalle und militärische Stärke wieder zur wichtigsten Währung werde. Diese Entwicklung zwingt selbst friedliche Staaten dazu, verstärkt in ihre Verteidigung zu investieren. Konflikte, Machtdenken und strategische Rivalität dominierten die internationale Ordnung und humanitäre Werte verlören an Bedeutung.

Christoph von Marschall merkt im *Tagesspiegel*²⁸ an, Europa mache Donald Trump für viele der aktuellen Probleme verantwortlich und dieser trage auch Mitverantwortung, die eigentliche Schwäche aber liege im Versagen Europas, Eigenverantwortung zu übernehmen. Statt sich auf zentrale Themen wie die NATO und den Ukrainekrieg zu konzentrieren, setze der

²⁶ Antonio Fumagalli, Viel erreicht, wenn Europa nicht vom Pfad abkommt, NZZ, 22.5.2026.

²⁷ Jens Münchrath, Verheerende Kriegskalküle, Handelsblatt, 26.5.2026.

²⁸ Christoph von Marschall, Trump ist nicht das größte Problem, Der Tagesspiegel, 17.6.2026.

Kontinent falsche Prioritäten, handle zu passiv und agiere eher beobachtend als gestaltend. Dabei seien gerade die militärische Eigenständigkeit und Abschreckungsfähigkeit entscheidend, vor allem angesichts eines möglicherweise aggressiver auftretenden Russlands. Obwohl Europa wirtschaftlich stark sei, werde dieses Potenzial nicht ausreichend in konkrete Verteidigungsfähigkeit umgesetzt. Hinzu komme, dass die USA ihre militärische Unterstützung reduzierten, was Europa zwingt, schneller und entschlossener zu handeln. Statt dies als Belastung zu sehen, solle Europa diese Entwicklung als Chance begreifen, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen.

In der *Welt*²⁹ konstatiert *Josef Joffe*, die verbreitete Sorge vor einem möglichen NATO-Rückzug Donald Trumps sei übertrieben. Trumps Maßnahmen würden weniger einer sicherheitspolitischen Strategie entspringen, sondern seien eher als politisch motivierte Strafaktionen zu interpretieren. Tatsächlich gehe es bei den angekündigten Kürzungen vor allem um ältere Militärtechnik und planerische Anpassungen, nicht um einen realen Abzug von US-Streitkräften aus Europa. Entscheidende militärische Infrastruktur wie US-Stützpunkte bliebe unangetastet, da diese für die globale Machtprojektion der USA unverzichtbar sei und primär amerikanischen Interessen diene. Der vermeintliche Verlust für Europa sei daher eher theoretischer Natur. Stattdessen schade Trumps Vorgehen vor allem den USA selbst, da er internationale Kooperation untergrabe und mit seinem konfrontativen „America First“-Kurs Vertrauen, Einfluss und die bisherige Rolle der USA als stabilisierende Führungsmacht gefährde.

Nach Meinung von *Christian Mölling* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁰, liege Europas größtes strategisches Problem in der Unberechenbarkeit der USA, die gleichzeitig als verlässlicher Partner, sprunghafter Akteur oder potenzieller Gegner auftreten würden. Europa konzentriere sich jedoch vor allem auf die Hoffnung eines kooperativen Amerika und unterschätze widersprüchliche Signale. Zwar gebe es tatsächlich positive Signale der Zusammenarbeit, etwa in NATO-Gremien oder Kontakten auf militärischer Ebene, die unter dem Konzept „NATO 3.0“ zusammengefasst werden könnten. Dieses Modell sehe vor, dass Europa mehr Verantwortung für die eigene Verteidigung übernehmen sollte, während die USA im Bündnis bleiben würden. Die beschlossenen massiven Investitionen in die europäische Verteidigung würden als Beweis dafür gelten, dass die NATO nicht zerfalle, sondern sich weiterentwickeln würde. Allerdings beruhe diese optimistische Sicht auf der Annahme, dass ein stärkeres Europa automatisch zu einem verlässlicheren amerikanischen Verhalten führen werde, ein Zusammenhang, der nicht gesichert sei. Deshalb müsse Europa davon ausgehen, dass auch unsichere oder gegensätzliche amerikanische Positionen möglich seien. Die Konsequenz müsse deshalb der Aufbau eigenständiger militärischer Handlungsfähigkeit, ein „European Way of War“, sein, um im Ernstfall auch ohne amerikanische Führung agieren zu können und die Abhängigkeit von den USA zu verringern.

Urs Saxer wendet sich in der *Neuen Zürcher Zeitung*³¹ gegen die pauschalen Kritik am Völkerrecht. Zwar gebe es derzeit zahlreiche schwere Verstöße gegen zentrale Normen wie das Gewaltverbot oder das humanitäre Völkerrecht. Dennoch sei daraus nicht zu schließen, dass das Völkerrecht wirkungslos oder gar am Ende sei. Vielmehr entstehe dieser Eindruck vor allem durch die mediale Aufmerksamkeit für spektakuläre Konflikte und Rechtsbrüche, während übersehen werde, dass der weitaus größte Teil des Völkerrechts im Alltag funktioniere. Es regule zahlreiche unspektakuläre, aber zentrale Bereiche internationaler Zusammenarbeit – beispielsweise Verkehr, Handel, Kommunikation, Rechtshilfe, Menschenrechte oder die Anerkennung staatlicher Dokumente – und bilde damit eine unverzichtbare Grundlage des globalen Zusammenlebens. Völkerrechtsverletzungen seien historisch nichts Neues und auch

²⁹ Josef Joffe, Die USA brauchen Deutschland, *Die Welt*, 12.6.2026.

³⁰ Christian Mölling, Schrödingers Trump, *SZ*, 8.6.2026.

³¹ Urs Saxer, Das Völkerrecht als unsichtbare Hand, *NZZ*, 12.6.2026.

frühere Jahrzehnte seien ebenfalls von gravierenden Konflikten geprägt gewesen. Neu sei vielmehr, dass solche Verstöße heute viel stärker öffentlich benannt und diskutiert würden. Dies spreche nicht gegen, sondern eher für die fortbestehende Bedeutung des Völkerrechts, weil öffentliche Kritik, Sanktionen und internationale Reaktionen letztlich seine Geltung bestätigen würden. Zugleich habe die Zahl völkerrechtlicher Normen in den vergangenen Jahrzehnten im Zuge der Globalisierung stark zugenommen, da immer mehr grenzüberschreitende Beziehungen rechtlich geregelt werden müssten. Auch internationale Organisationen wie die UNO erwiesen sich trotz Krisen als erstaunlich widerstandsfähig. Dass dem Völkerrecht eine zentrale Durchsetzungsinstanz fehle, bedeute nicht zwangsläufig Schwäche, denn seine Wirksamkeit beruhe gerade darauf, dass Staaten Regeln aus Eigeninteresse oder im gemeinsamen Interesse akzeptierten. Schwere Verstöße gefährdeten zwar einzelne Normen, sie bedeuteten aber weder das Ende des Völkerrechts noch den Zusammenbruch der regelbasierten internationalen Ordnung. Vielmehr bleibe das Völkerrecht das oft unsichtbare, aber tragende Fundament internationaler Zusammenarbeit.

Rezensionen

In der *Süddeutschen Zeitung*³² stellt *Wolfgang Janisch* die zum 75. Jahrestag der Gründung des Bundesverfassungsgerichts erschienene „wegweisende Studie“ **Verwandlung durch Recht. Das Bundesverfassungsgericht und die Vergangenheit** von **Frieder Günther** und **Eva Balz** vor und merkt an: „Das Bild vom unbelasteten Gericht hat einige dunkle Flecken bekommen.“

Oliver Jahraus bilanziere anlässlich des 50. Todestages von Martin Heidegger in seinem Buch **Verstrickte Philosophie. Heidegger und der Nationalsozialismus** die Debatten um den Philosophen, stellt *Dieter Thomä* in der *FAZ*³³ fest: „Mit sicherem Schritt bewegt er sich im Dickicht der Forschungsliteratur, sortiert Argumente und setzt Akzente. Keinesfalls will er herunterspielen oder verharmlosen, was im Konflikt um Heideggers NS-Engagement auf dem Spiel steht – im Gegenteil.“

Christian Schröder stellt im *Tagesspiegel*³⁴ **Operation Gold. Die Spionagetunnel in Berlin/The Berlin Spy Tunnel** von **Dietmar Arnold** und **Helmut Müller-Enbergs** vor, die die Geschichte des vor 70 Jahren in Alt-Glienicke entdeckten Abhörtunnels der amerikanischen und britischen Nachrichtendienste „minutiös“ rekonstruierten.

In seinem Buch **Jenseits der Staatsräson. Erinnerung, Antisemitismus und der Nahostkonflikt in Deutschland** befasse sich **Jacob Eder** mit der deutschen Israel-Politik und deren proklamierter „Staatsräson“ sowie der sich verändernden deutschen Erinnerungskultur und habe sich damit „wohltuend zwischen alle Stühle“ gesetzt, konstatiert *René Schlott* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁵.

Richard Schubert berichte in seinem Buch **Vom Antisemitismus, der keiner sein will** aus eigenem Erleben über die Geschichte der westdeutschen Linken und dies in vollkommener Schonungslosigkeit, merkt *Volker Weiß* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁶ an: „Die Schärfe hängt mit dem Gegenstand zusammen, denn er schreibt gegen eine linke Selbstgerechtigkeit, die sich in ihrer jahrzehntelangen Frontstellung gegen Israel einmal mehr mit Moral aus der eigenen Geschichte stehlen will. Dabei reflektiert er auch einen eigenen Perspektivwechsel.“

³² Wolfgang Janisch, Das Wunder von Karlsruhe, SZ, 23.5.2026.

³³ Dieter Thomä, Mit der Seinsgeschichte im Bund, FAZ, 27.5.2026.

³⁴ Christian Schröder, „Operation Gold“ – die unterirdische Abhöraktion, Der Tagesspiegel, 29.5.2026.

³⁵ René Schlott, Sackgasse Staatsräson, SZ, 23.5.2026.

³⁶ Volker Weiß, Drama der Solidarität mit Palästina, SZ, 2.6.2026.

„Es lohnt sich, den kenntnisreichen und – nur dem Umfang nach – schmalen Band zur Hand zu nehmen und mit Pollack in die Abgründe des religiösen Fundamentalismus zu blicken“ urteilt *Tobias Schrörs* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁷ über **Religiöser Fundamentalismus. Geschichte, Erscheinungsformen, Hintergründe** von **Detlef Pollack**.

In ihrem Buch **Marionetten. Eine kurze Geschichte der politischen Propaganda von der Oktoberrevolution bis heute** versuche **Ingrid Carlberg** „die damaligen Techniken der Beeinflussung mit dem Wirken heutiger Fake-News-Agitation zu verbinden“ konstatiert *Daniel Siemens* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁸: „Carlberg stützt sich bei der historischen Rekonstruktion der kommunistischen Propaganda sowohl auf die inzwischen zahlreiche Sekundärliteratur zum Thema, sie hat aber auch intensiv in vielen internationalen Archiven recherchiert. Und doch kommt die Erzählung nur schwer in Fahrt und bleibt dann auch stellenweise langatmig. Das liegt vor allem daran, dass man selbst den schillernden Hauptfiguren ihrer Geschichte nicht wirklich nahekommt.“

Mit **Terror von rechts. Die Geschichte einer andauernden Gefahr** habe **Barbara Manthe** eine „Zwischenbilanz zur Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik“ vorgelegt, konstatiert *Dominik Geppert* in der *FAZ*³⁹ und merkt an, durch die Einbettung des „Rechtsterrorismus in seine sozialen und mentalen Umgebungen“ laufe sie Gefahr, „dessen Konturen zu verwischen“.

Simon Nixon stellt in der *Financial Times*⁴⁰ zwei Bücher vor, die aktuelle Situation Europas historisch und politisch einordnen sowie die aktuellen Bedrohungen in den Blick nehmen: **Europe: A New History** von **Roderick Beaton** und **The Rise and Fall of American Europe** von **Glyn Morgan**.

Robert Fieten konstatiert in der *FAZ*⁴¹, **Das erwachsene Land. Deutschland ohne Amerika – eine historische Chance** von **Holger Stark**, in dem dieser historische Fehlentwicklungen rekonstruiere, komme genau zur richtigen Zeit: „Er zeigt journalistisch gut recherchiert auf, wie sich das transatlantische Verhältnis in den letzten Jahren verändert hat und was die bei genauerem Hinsehen schon seit 25 Jahren voranschreitende Entfremdung zwischen den USA und Europa für die Europäer bedeutet.“

In seinem Buch **Die bipolare Nation. Was Amerika der Welt gegeben hat. Im Guten wie im Schlechten** untersuche **Philipp Gassert** den Einfluss, den die USA auf Europa genommen hätten, wobei – so *Oliver Kühn* in der *FAZ*⁴² – einige sprachliche „Unreinheiten“ die Lesefreude trübten.

„Es ist ein Panorama des Schreckens, das der österreichische Militäranalyst **Franz-Stefan Gady** in seinem neuen Buch **Überfall. Wenn der Krieg zu uns kommt** auf knapp 160 Seiten zeichnet“, urteilt *Simone Brunner* in der *Zeit*⁴³ und sieht in der Darstellung einen Aufruf diverse Sicherheitsszenarien für Österreich durchzuspielen.

In der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁴ weist *Cathrin Kahlweit* auf das Buch **Die Zukunft, die nie kam. Wie der Zerfall der Sowjetunion bis heute nachwirkt** von **Mikhail Zygar** hin, der darin die These aufstelle: „Was heute in Moskau geschieht und aus Moskau kommt, Putins Diktatur und sein Kriegswahn, sein Imperialismus und Hypernationalismus, die verlogene Religiosität und seine Geschichtsfälschung, sind die zwangsläufigen Folgen einer Ära, die zwar abgewickelt, aber nicht aufgearbeitet wurde.“

³⁷ Tobias Schrörs, Was Evangelikale und Muslimbrüder gemeinsam haben, SZ, 16.6.2026.

³⁸ Daniel Siemens, Der schöne Schein der Manipulation, SZ, 8.6.2026.

³⁹ Dominik Geppert, Eskalation des Terrors von rechts, FAZ, 2.6.2026.

⁴⁰ Simon Nixon, How Europe was made – and how America could unmake it, Financial Times, 27.5.2026.

⁴¹ Robert Fieten, Goodbye, Amerika, FAZ, 1.6.2026.

⁴² Oliver Kühn, Was wäre die Welt nur ohne die Amerikaner?, FAZ, 26.5.2026.

⁴³ Simone Brunner, Wenn der Steffl brennt, Die Zeit, 28.5.2026.

⁴⁴ Cathrin Kahlweit, „Putin will Russland erobern“, SZ, 12.6.2026.

„Über gut klingende Forderungen kommt Perthes nicht hinaus. Den richtigen Pfad in der multipolaren Welt kann auch er nicht weisen. Die Schwäche seines Buches liegt im Ende. Auf den 270 Seiten zuvor aber liefert er eines der grundlegenden Werke, um diese multipolare Welt kennenzulernen. Und sich dann sein eigenes Urteil zu bilden“ merkt *Christoph Hein* in der *FAZ*⁴⁵ über **Die Multipolarisierung der Welt – Ein geopolitischer Wegweiser** von **Volker Perthes** an.

„That said, Mr. Dasgupta’s writing is often unruly, shooting off in many directions at once. The author gallops through vital moments in world history across the centuries but dallies over what seem like niche aspects of medieval French history“ urteilt *Brendan Simms* im *Wall Street Journal*⁴⁶ über **After Nations: The Making and Unmaking of a World Order** von **Rana Dasgupta**.

Oliver Weber betrachtet in der *FAZ*⁴⁷ die Studie **Souveränität der Vernunft. Die kulturellen Anfänge des Liberalismus** von **Albrecht Koschorke**, der seinen Blick damit vor allem auf das 19. Jahrhundert richte und daran erinnere, „dass der frühe Liberalismus ein entschiedenes utopisches Programm vertreten“ habe: „Seltener und doch interessanter sind jene Studien, die die Erforschung seiner Geschichte als Mittel der Erkenntnis gebrauchen. Eigentlich nur bei ihnen kann man etwas lernen, das über die eigenen normativen Überzeugungen hinausführt.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*⁴⁸ merkt *Josef Joffe* über **The Revolutionary Center: The Lost Genius of Liberalism** an, **Adrian Wooldridge** nehme den Leser mit „auf eine faszinierende Reise durch eine Tradition“, die man als „das Beste vom Westen“ bezeichnen könne und werbe dabei für eine Wiederbelebung des Liberalismus, der von links und rechts bedroht werde.

Mit seinem Essay **Kant Incorporated** sei es **Garrath Williams** gelungen, „eine entscheidende Lücke in Kants Staatstheorie“ zu schließen und „seine pointierte, dichte und klare Analyse besticht durch die Konsequenz ihrer Schlussfolgerungen aus plausiblen Prämissen, die keiner spekulativen Begriffszauberei oder starker Wertungen bedürfen“ – so das Urteil von *Achim Brosch* in der *FAZ*⁴⁹.

Mit **Der Kapitalismus und seine Kritiker** habe **John Cassidy** ein Handbuch zur Diskussion dieser Wirtschaftsordnung vorgelegt, das – so *Dominik Pietzcker* im *Cicero*⁵⁰ – „sorgfältig und quellengesättigt“ sei, aber durch „die Aneinanderreihung von zwei Dutzend Wirtschaftstheoretikern“ auch „ermüden“ könne.

Patrick Foulis befasst sich in der *Financial Times*⁵¹ mit **1873: The First Great Depression and the Making of the Modern World** von **Liaquat Ahamed**, der darin eine dritte globale Finanzkatastrophe – nach 1929 und 2009 – lebendig werden lasse, die sich von ihren beiden Nachfolgern unterscheidet und faszinierende Parallelen zur heutigen, von Technologie und geopolitischen Spannungen geprägten Welt aufzeige.

Thomas Speckmann präsentiert im *Cicero*⁵² drei Bücher, die die amerikanische Revolution vor 250 Jahren und ihre Folgen in den Blick nehmen **1776** von **Joseph J. Ellis**; **Freiheit** von **Sarah M.S. Pearsall** sowie **Mythos 1776** von **Hiram Kümper**.

⁴⁵ Christoph Hein, Die neue Weltordnung, *FAZ*, 26.5.2026.

⁴⁶ Brendan Simms, ‚After Nations‘ Review: Beyond Today’s Borders, *Wall Street Journal*, 22.5.2026.

⁴⁷ Oliver Weber, Ohne Rückenwind der Geschichte, *FAZ*, 5.6.2026.

⁴⁸ Josef Joffe, Die revolutionäre Kraft der politischen Mitte, *NZZ*, 10.6.2026.

⁴⁹ Achim Brosch, Kant GmbH & Co. KG, *FAZ*, 5.6.2026.

⁵⁰ John Cassidy, Kompendium der Kapitalismuskritik, *Cicero*, 29.5.2026.

⁵¹ Patrick Foulis, The forgotten crash of 1873 and its lessons for today’s AI frenzy, *Financial Times*, 4.6.2026.

⁵² Thomas Speckmann, 1776 – Geburtsjahr der Weltmacht, *Cicero*, 29.5.2026.

Angus Reilly präsentiert in der *Financial Times*⁵³ den von **Tom Wells** edierten Band **The Kissinger Tapes: Inside His Secretly Recorded Phone Conversations**, der die Transkripte aller Telefongespräche enthalte, die Henry Kissinger während seiner Zeit in der Nixon-Regierung heimlich von Sekretärinnen protokollieren ließ und die einen schonungslosen Einblick in den politischen Alltag und die Machtmechanismen jener Zeit gewährten.

Ein Blick in das Buch **The Axis of Resistance. Iran, Israel and the struggle for the Middle East** von **Hamidreza Azizi** mache deutlich – so *Friederike Böge* in der *FAZ*⁵⁴ –, warum Iran im gegenwärtigen Konflikt kaum kapitulieren werde: „Das Buch leistet einen Beitrag zum Verständnis der Region, indem es die Verflechtungen und Interdependenzen zwischen den verschiedenen Konfliktherden Gaza, Iran, Irak, Syrien und Jemen aufzeigt, die oft nur getrennt voneinander betrachtet werden. Azizi gibt außerdem seltene Einblicke in die Blackbox des iranischen Sicherheitsapparats. Er blickt durch die kühle Brille des iranischen Strategen auf die Region.“

In seinem Buch **Wie nennt ihr dieses Land hier? Unter Siedlern** blicke **Tuvia Tenenbom** auf den Konflikt im Nahen Osten und zwar – so *Nico Hoppe* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵⁵ – „über weite Strecken subjektiv-anekdotalisch. Seine starken und scharfsinnigen Beobachtungen erstrecken sich über sechshundert Seiten. Dabei geht es ihm nicht um ein sachliches Reiseprotokoll. Immer wieder tritt er als Provokateur und Witzereisser in Erscheinung, der nicht im Sinn hat, eine weitere gefühlige Westler-Reportage zu liefern, die das Siedlerthema als Gut-gegen-Böse-Fabel verpackt.“

In der *FAZ*⁵⁶ betrachtet *Charlotte Klönk* **Straße, Platz, Palast. Zur Architektur demokratischer Räume** von **Jan-Werner Müller**, der darin der Verbindung von Demokratie und Architektur nachgehe und dabei „anregende demokratietheoretische Gedankenspiele mit einem großen Reichtum an empirischen Beobachtungen“ verknüpfe.

„Wer mit Gazdars Buch durch München geht, erfährt auf sinnlich konkrete Weise, wie engmaschig der nationalsozialistische Terrorstaat sein Netz über die Stadt ausgelegt hatte. Ihm auszuweichen, ihm zu entrinnen, war kaum möglich. Auch diese Erfahrung macht der Spaziergänger: Das Grauen war überall“, urteilt *Wolfgang Görl* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁷ über **Nazi München. Täter – Opfer – Orte. 10 Touren durch die „Hauptstadt der Bewegung“** von **Kaevan Gazdar**.

In seinem Buch **Sichere Häfen – Städte als Zuflucht** gehe **Volker M. Heins** der Frage nach, wie Städte und Gemeinden weltweit sichere Orte für Geflüchtete sein könnten, auch jenseits der vom jeweiligen Staat verfolgten Politik, schreibt *Nina Schieben* in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁸.

In seinem Buch **Anderen wichtig sein. Eine Philosophie des Lebenssinns** gebe **Michael Zichy** – so *Wolfgang Hellmich* in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵⁹ – eine überraschende Antwort und entwickle eine „Teilhabetheorie des Lebenssinns“, denn, „wenn wir etwas tun, was für andere von Bedeutung ist, bekommt das, was wir tun, auch für uns eine Bedeutung, die es objektiv rechtfertigt“.

Oliver Pfohlmann präsentiert in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁶⁰ zwei Bücher, die der Frage nachgehen, wer ein Opfer sei oder was dieses ausmache: **Opfer. Über Verwundbarkeit als**

⁵³ Angus Reilly, *The Kissinger Tapes* by Tom Wells – ‘This is a cold-blooded game’, *Financial Times*, 29.5.2026.

⁵⁴ Friederike Böge, *Irans Verbündete bleiben gefährlich*, *FAZ*, 26.5.2026.

⁵⁵ Nico Hoppe, *Tuvia Tenenbom verbringt ein Jahr unter Siedlern*, *NZZ*, 1.6.2026.

⁵⁶ Charlotte Klönk, *Transparenz muss gar nicht sein*, *FAZ*, 22.5.2026.

⁵⁷ Wolfgang Görl, *NS-Täter und Verfolgte – Tür an Tür*, *SZ*, 27.5.2026.

⁵⁸ Nina Schieben, *Radikale Hoffnung*, *SZ*, 25.5.2026.

⁵⁹ Wolfgang Hellmich, *Wer anderen wichtig ist, hat den Sinn gefunden*, *NZZ*, 22.5.2026.

⁶⁰ Oliver Pfohlmann, *Empathie schafft keine Gerechtigkeit*, *NZZ*, 4.6.2026.

Selbstbild von Maria-Sibylla Lotter sowie **Anti-Opfer. Warum wir Verletzlichkeit verachten** von **Alice Hasters**.

Francis Fukuyama habe mit **Der letzte Mensch** seine Memoiren vorgelegt und **Tobias Becker** merkt im *Spiegel*⁶¹ an, „zu den politikwissenschaftlichen Perlen stößt man erst, nachdem man sich durch Anekdoten über seine privaten Leidenschaften gewühlt“ habe.

„Der Blick von **Luzia Geier** zurück auf die Kampagne zeigt nicht nur, wie der Bürgermeister der größten Stadt Amerikas tickt, sondern auch, was viele ihrer Bürger abseits der Glitzerwelt Manhattans beschäftigt“, merkt **Frauke Steffens** in der *FAZ*⁶² über die Biografie **Zohran Mamdani: Our Time Is Now. Wie Mut, Haltung und Menschlichkeit Politik verändern können** an.

„Der Vorzug der neuen Biografie von **Oda Wischmeyer** ist, dass sie den ideengeschichtlichen Ballast weglässt und erst einmal auf dem jüngsten Stand der Forschung erzählt, was man über diesen Paulus weiß und was nicht, der damals „im hellen Licht der frühen römischen Kaiserzeit“ lebte“ konstatiert **Johan Schloemann** in der *Süddeutschen Zeitung*⁶³ über **Gott neu vermessen. Eine Paulus-Biographie**.

⁶¹ Tobias Becker, Rechtspopulismus aus Langeweile, *Der Spiegel*, 5.6.2026.

⁶² Frauke Steffens, Aufstieg in New York, *FAZ*, 2.6.2026.

⁶³ Johan Schloemann, „Hat denn Gott sein Volk verstoßen?“, *SZ*, 23.5.2026.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

denise.lindsay@kas.de

kas.de

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2026, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieser Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)